

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser,

in diesen Tagen rollt die US-Armee wieder durch Sachsen – in Richtung Osteuropa. Dort nimmt sie an der „Operation Atlantic Resolve“ teil, in deren Rahmen seit 2014 Streitkräfte in Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien und Bulgarien „üben“. 3.500 Soldaten und mehr als 2.200 Fahrzeuge, darunter 80 Panzer und hunderte andere Kettenfahrzeuge, fahren nun auch durch Ostdeutschland. Eine Panzerbrigade rastet auf dem Truppenübungsplatz Oberlausitz.

Weniger die Verkehrsbehinderungen und der Lärm machen solche Manöver zum Problem. Schlimm ist vor allem die Eskalation im Verhältnis zu Russland, an der wir alle kein Interesse haben sollten. Und der Umstand, dass der 2+4-Vertrag von 1990 verletzt wird. Sein Artikel 5 regelt: „Ausländische Streitkräfte und Atomwaffen oder deren Träger werden in diesem Teil Deutschlands weder stationiert noch dorthin verlegt.“ Gemeint ist das Gebiet der ehemaligen DDR und Berlins. Die Verbände rotieren jetzt alle neun Monate, damit sie nicht als „stationiert“ gelten. Hierher verlegt werden sie aber zweifellos, wenn auch kurz.

Hört man dazu ein Wort des Protests vom sächsischen Regierungschef, oder wenigstens Zweifel? Ach was. Michael Kretschmer hat sich sogar als Presseferent der Streitkräfte betätigt; die Staatskanzlei lud offiziell zum Pressegespräch mit den Militärs.

„Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, sind verfassungswidrig und strafbar.“ Das steht in Artikel 2 des 2+4-Vertrages. Daran sollte sich auch eine Landesregierung gebunden fühlen. Wir tun das!

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Pflege-Vollversicherung statt Ausbeutung der Familien!

Das Thema beschäftigt Jung und Alt: Wer kümmert sich um mich, wenn ich pflegebedürftig werden sollte? Reicht die Rente für den Pflegeplatz? Kann ich meine Eltern selbst pflegen, wie organisiere ich das alles? Und wer bezahlt?

Im Niedriglohnland Sachsen ist der Pflegenotstand nicht nur in Pflegeheimen und bei Pflegediensten spürbar. Er ist längst in den Familien angekommen. Seit Jahresbeginn müssen viele Pflegebedürftige und ihre Angehörigen hunderte Euro zusätzlich für Pflegeleistungen zahlen. 1.300 bis 1.600 Euro Eigenanteil pro Monat werden inzwischen für einen stationären Pflegeplatz fällig. Oft ist die Rente zu niedrig, die Leistungen der Pflegeversicherung reichen ohnehin nicht. Wer Angehörige zuhause pflegt, ächzt unter der mentalen wie körperlichen Belastung, fürchtet oft um den eigenen Job und um die Rente. Ein Teufelskreis!

Handeln ist angesagt – im Bund bewegt sich inzwischen manches. Allerdings bleiben die Kosten der dringend nötigen Maßnahmen, etwa für höhere Gehälter, bisher an den Pflegebedürftigen hängen. Im Landtag hat eine Kommission aus Abgeordneten und Experten seit 2015 Auswege gesucht. Im Januar stellten Kommissionschef Oliver Wehner (CDU, 2. v. l.) und Ko-Vorsitzende **Susanne Schaper, gesundheits- und sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion** (3. v. l.), den Bericht vor (Drucksache 6/15400). Auf 400 Seiten reihen sich Empfehlungen aneinander: zu Pflegebedürftigen, ihren Angehörigen und dem Ehrenamt; zum Arbeits- und Berufsfeld Pflege; zur pflegerischen Versorgungsinfrastruktur.

Schaper freut sich darüber, dass die Linksfraktion wesentliche Vorstellungen durchsetzen konnte. „Der Bericht ist eine fundierte Analyse. Er liefert detaillierte Lösungen. Damit er nicht in der Schublade verschwindet, muss die Staatsregierung unverzüglich mit der Umsetzung der Empfehlungen beginnen.“ So plädiert die Kommission dafür, dass Pflegebedürftige möglichst lange in den eigenen vier Wänden bleiben können, und präferiert eine Quartiersentwicklung sowie alternative Wohnformen wie Pflege-WGs. Um das finanzielle Risiko zu verringern, wird ein Pflege-Wohngeld angeregt. Ambulante Pflegedienste sollen besser vergütet werden. Zudem seien Maßnahmen zu entwickeln, um alle Pflegenden – berufliche und ehrenamtliche – zu entlasten, gesundheitliche Prävention inklusive. Die Arbeits- und Rahmenbedingungen für Pflegekräfte sollen besser werden.

Die Linksfraktion formuliert weitere Forderungen. Ursache für die Misere in der Pflege und größter Dissens in der Kommission bleibt die Frage der Finanzierung. „Die Wurzel allen Übels ist der Umstand, dass die Pflegeversicherung als Teilleistungssystem konzipiert worden ist. Sie bietet weder eine ausreichende Absicherung für die Gepflegten noch gute Löhne und Arbeitsbedingungen für die Pflegenden“, so Schaper. Ministerpräsident Kretschmer mache es sich zu leicht, wenn er fordert: „Jeder muss für sich selber Vorsorge treffen. Und die Familie muss füreinander einstehen.“ Tatsächlich pflegen viele Angehörige Familienmitglieder bis zur Selbstaufopferung. „Wir wollen eine

Gesundheitsförderung notwendig. Die Landesregierung muss zudem eine niedrigschwellige und unabhängige Pflegeberatung gewährleisten.

Hauptberuflich Pflegenden leiden unter Dauerstress, dem Mangel an verlässlichen Dienst- und Freizeiten sowie Dokumentations-Irrsinn. Hinzu kommt die miese Bezahlung, die in Ost und West immer noch unterschiedlich ist. In Sachsen verdiente die Hälfte der Altenpflegekräfte 2017 nur 2.050 Euro brutto im Monat oder sogar weniger. „Das ist beschämend“, so Schaper. Mittlerweile bleiben Pflegekräfte im Durchschnitt nur noch knapp acht Jahre im Beruf. Der Fachkräftemangel trifft besonders



Pflegevollversicherung, in die alle Bürgerinnen und Bürger, auch Selbstständige und Beamte, solidarisch einzahlen und in der alle pflegerisch notwendigen Leistungen von den Pflegekassen bezahlt werden“, fordert die LINKEN-Politikerin. Die Pflegefachkräfte könnten endlich mehr Geld bekommen, ohne Pflegebedürftige oder ihre Angehörige zusätzlich zu belasten.

Die meisten Pflegebedürftigen – 75 Prozent – werden von Angehörigen, Freunden oder ehrenamtlich Engagierten betreut. Doch je länger die Pflegebedürftigkeit dauert, desto größer ist das Risiko, dass pflegende Angehörige ihre Berufstätigkeit aufgeben. Wer pflegt, muss abgesichert sein – sei es durch Entgeltersatzleistungen, die Familien-Krankenversicherung oder die rentenrechtliche Gleichbehandlung von Pflege- mit Erziehungszeiten. Für beruflich wie privat Pflegenden sind Programme zur Entlastung und

die ambulante Pflege auf dem Land. Hinzu kommt die unzureichende Vergütung von Wegezeiten sowie der einzelnen Leistungen.

Die Kommission empfiehlt weitere Schritte für attraktive Arbeitsbedingungen, etwa Vollzeitbeschäftigung statt geteilter Dienste oder familienfreundliche Arbeitszeitmodelle. Für die Versorgung abseits der Großstädte seien rollende Praxen, Patientenbeförderung zu Facharztpraxen oder Multifunktionshäuser nötig.

Die Regierung muss die Empfehlungen nun umsetzen! Viele Handlungsempfehlungen richten sich an den Bundesgesetzgeber. Der Freistaat kann jedoch vieles selbst angehen. Schaper: „Wir wollen eine Gesellschaft, in der jeder menschenwürdige Pflege nach dem Stand der Wissenschaft erhalten kann. Und zwar ohne Kopfzerbrechen, ob man sie sich leisten kann!“

Kein Plan für Sachsen

41 Milliarden Euro in zwei Jahren – so viel Geld konnte die sächsische Regierung noch nie verteilen. Im Dezember haben CDU und SPD den Doppelhaushalt für 2019/2020 beschlossen. Ministerpräsident Kretschmer ist seit einem Jahr im Amt – der Etat 2019/2020 hätte sein Gesellenstück werden können. „Wird er aber nicht“, befand **Oppositionsführer Rico Gebhardt** lakonisch. „Politisches Handwerk hat nämlich nur dann goldenen Boden, wenn es mit dem Material klug und sparsam umgeht. Sie, Herr Kretschmer, werfen nun mit beiden Händen die Steuermilliarden raus. Steuermilliarden, die Ihre Vorgänger in übertriebener Sparsamkeit angehäuft und gern versteckt haben. Vieles ist heute teurer als wenn wir vor ein paar Jahren vernünftig auch in Köpfe investiert hätten.“

Laut Sachsen-Monitor sorgen sich 83 Prozent der Befragten, dass die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander geht. Der Landeshaushalt trägt nicht dazu bei, die Gräben zuzuschütten, kritisiert die Linksfraktion – im Gegenteil: Der Haushalt und die auch im Zusammenhang stehenden Gesetze zum Lehrerpaket und zum Polizeirecht reißen neue Gräben auf. Die nunmehr beschlossene Lehrkräfte-Verbeamtung ist kein sicheres Heilmittel. Sicher ist nur, dass sie die Kollegien spaltet und das Land teuer zu stehen kommen wird. Ein Großteil der 1,7 Milliarden Euro, die das Lehrerpaket umfasst, muss für Pensionen reserviert werden. Besser wäre ein Tarifvertrag gewesen, der bessere Arbeitsbedingungen für alle schafft.

Die Landesregierung feiert sich dafür, dass sie viel Geld ausgeben kann. Letzteres ist allerdings auch notwendig, um ihre Fehlentscheidungen zumindest teilweise auszugleichen. Doch selbst der Reparaturauftrag wird nicht erledigt. Die CDU-geführten Regierungen haben den Staat von den Menschen entfernt, Schulen, Polizeireviere und Ämter geschlossen. Sie haben Kreisgebietsreformen durchgesetzt und Gemeinden vereinigt, ohne auf die

Identität der Menschen vor Ort Rücksicht zu nehmen. „Und nun hat sich die CDU-geführte Regierung überlegt, den Menschen wieder ein bisschen näher zu kommen, nach dem Motto: Lasst uns über alles reden, dann fühlt ihr euch besser. Das mit dem Reden ist ja gut und schön, aber der Staat bleibt trotzdem weit weg“, so Oppositionsführer Gebhardt. Da könne die SPD noch so oft behaupten, der Staat sei wieder da: Vielerorts ist er es nicht.

Das erleben etwa junge Menschen, die in einer Kleinstadt die Oberschule abgeschlossen haben und eine Lehre beginnen. Sie wollen Geselle oder Meisterin werden, vielleicht einen Betrieb gründen. „Man sollte also denken, dass der Staat diese Menschen auf Händen trägt, damit sie im Land bleiben. Es kann aber passieren, dass diese jungen Menschen über hundert Euro ihres geringen Ausbildungsgeldes pro Monat für Bus und Bahn ausgeben müssen. Und dann trotzdem nicht pünktlich zur Berufsschule kommen, weil der Fahrplan das nicht hergibt“, mahnte Gebhardt. Und obwohl die Staatskasse voll ist wie nie, schaffen es CDU und SPD nicht, ein bezahlbares Bildungsti-

cket anzubieten. Die Linksfraktion beantragte, dafür genug Landesgeld einzuplanen – abgelehnt. Doch das war nur einer der Schwerpunkte, mit denen wir darauf gedrungen haben, mit dem Haushalt das Leben zu verbessern:

■ Feuerwehren, Rettungsdienst, Polizei und Justiz müssen ihre Aufgaben erfüllen können.

■ Die medizinische Versorgung muss für alle jederzeit erreichbar sein.

■ Bildung und Kultur müssen gestärkt werden. Das fängt mit der Vor- und Nachbereitungszeit für alle Erzieherinnen in den Kitas an und reicht bis zu Verbesserungen für Musikschulen.

■ Alle müssen überall mobil sein können.

■ Weil das Leben vor Ort stattfindet, sollen die Kommunen stärker entscheiden dürfen, wofür sie Geld ausgeben wollen. Pauschalen sollen den Fördermittel-Irrsinn beenden.

Sachsen braucht eine Regierung, der ein sozialer roter Faden nicht fehlt!



Braucht Europa eine eigene Armee?

Frankreichs Präsident Macron und Bundeskanzlerin Merkel haben eine Idee: Sie wollen eine gemeinsame europäische Armee. Zur Begründung verweist Macron auf „Russland, das an unseren Grenzen steht und das zur Bedrohung werden könnte“. Merkel sekundiert: „Wir Europäer müssen unser Schicksal in die eigene Hand nehmen.“ Kein Thema für den Landtag? Oh doch, schon wegen der Präambel der Landesverfassung. Diese fordert eine Politik, die von dem Willen geleitet ist, „der Gerechtigkeit, dem Frieden und der Bewahrung der Schöpfung zu dienen“.

Eine solche Politik müsse Kooperation statt Konfrontation mit unseren Nachbarn sowie den Nachbarn Europas – darunter Russland – vorantreiben, so **Enrico Stange, der für die LINKE im Europaausschuss sitzt**. Es sei

bezeichnend, dass sich die CDU im Landtag hinter Donald Trumps Forderung stelle, die Rüstungsausgaben zu erhöhen. Dabei sei Abrüstung dringend notwendig, so der Innenpolitiker in der von der LINKEN beantragten Debatte. Denn laut einer Studie des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI explodieren die Rüstungsausgaben regelrecht: In Westeuropa liegen sie bei 245 Milliarden Euro, in den USA 2018 bei 700 Milliarden, in Russland übrigens „nur“ bei 66 Milliarden Euro.

Nach allem, was bisher bekannt ist, sollen europäische Streitkräfte keineswegs nationale Streitkräfte ersetzen, sondern zusätzlich geschaffen werden. „Das wäre ein Konjunkturprogramm für die Rüstungsindustrie, das wir ebenso ablehnen wie Rüstungsexporte“, so Stange. Eine europäische Verteidi-

gungspolitik und ein gemeinsames Vorgehen, das ausschließlich defensiv orientiert sein dürfe, müsse wenigstens die nationalen Streitkräfte ersetzen.

Die Linksfraktion sieht es zudem mit Sorge, dass die neue CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer unlängst sogar den Parlamentsvorbehalt für den Einsatz deutscher Streitkräfte in Frage gestellt hat. Eine Armee muss parlamentarisch kontrolliert werden und bleiben! Das wäre auch auf der europäischen Ebene notwendig. Der sächsische Regierungskoalition scheint das alles gleichgültig zu sein: Sie argumentierte vor allem, dass eine solche Debatte nicht in den Landtag gehöre. Aber auch eine Landesregierung kann und muss zum Frieden beitragen, wie auch zu partnerschaftlichen Beziehungen mit Russland.

CDU und SPD gegen Familienfreitag

Oppositionsführer Rico Gebhardt hat der Koalition bei der Landtagsberatung im Januar ein Angebot gemacht. „Stimmen Sie für unser Gesetz zur Einführung eines Kinder- und Familienfreitages (Drucksache 6/13238). Dann haben Sie am 7. Juni frei und können mit der Familie oder mit Freunden in ein verlängertes Pfingstwochenende gehen.“

Da CDU und SPD nicht bereit sind, Offerten anzunehmen, die von „den Falschen“ kommen, schob Gebhardt Argumente hinterher. 145 Staaten begehren den Kindertag; Kinderrechte in den Fokus zu rücken, sei auch in Sachsen wichtig, wo jedes fünfte Kind in Armut leben muss. Wichtig sei auch: mehr Zeit für Familie. „Der regelmäßige Familien-Freitag als gesetzlicher Feiertag an jedem ersten Freitag im Juni soll diesem Ansinnen dienen.“

Die CDU habe den größten Wiedergutmachungsbedarf, weil sie dafür verantwortlich ist, dass die Menschen in Sachsen einen gesetzlichen Feiertag – den Buß- und Bettag – mit einem höheren Pflegeversicherungsbeitrag bezahlen müssen. Laut dem DGB kostet er die Beschäftigten im Schnitt zehn Euro im Monat oder, bei einem Bruttoeinkommen von 3.100 Euro, 190 Euro im Jahr. Es sei Zeit, den Beschäftigten etwas zurückzugeben, so Gebhardt. So hat es 2017 im Freistaat 58,4 Millionen Überstunden gegeben, die Hälfte unbezahlt. Bayern habe sogar zwei Feiertage mehr, ohne dass dort die Wirtschaft zusammengebrochen wäre. „Tatsächlich sind diejenigen Bundesländer die wirtschaftlich stärksten, die die meisten Feiertage haben.“

Ein Familien-Freitag wäre ein starkes Signal an die Familien, ist Gebhardt sich sicher. „Dieser neue Feiertag passt als nicht-konfessioneller Feiertag zu einer Gesellschaft, die zu drei Vierteln nicht religiös, aber an humanistischen Werten des Zusammenlebens interessiert ist.“ Die IG Metall hat im letzten Tarifabschluss erkämpft, dass die Beschäftigten mehr Geld oder mehr Freizeit wählen können. 70 bis 80 Prozent haben sich für mehr freie Zeit entschieden.

Sieben Bundesländer haben 2018/2019 neue Feiertage eingeführt. Das Thema bewegt die Republik – gerade in einer Zeit der Arbeitsverdichtung, von Stress und Hektik. Der Feiertag wäre eine von vielen familienpolitischen Maßnahmen, die den Familien konkret helfen würden. Daran aber ist diese Regierungskoalition nicht interessiert.

Echte Hilfe statt falscher Hoffnung

Die Kohlekommission schlägt der Bundesregierung vor, die Kohleverstromung bis 2038 aufzugeben. Ein Ausstiegspfad hätte längst vorliegen müssen. Zu schnellem Handeln zwingt nicht nur die Klimaerhitzung – siehe Hochwasser, Dürre, Waldschäden. Auch müssen die Kohle-Beschäftigten wissen, wie, wann und wo der Ausstieg erfolgt. Ministerpräsident Kretschmer spielt mit der falschen Hoffnung, es könne alles immer so weiterlaufen – „erst Jobs, dann Ausstieg“. Das sei „Blödsinn“, kritisierte der **Lausitzer LINKEN-Abgeordnete Mirko Schultze** in der aktuellen Debatte im Januar. „Ich baue Industriearbeitsplätze. Dort stehen eine Werkbank, eine Drehmaschine und ein Stuhl. Dann halte ich die solange vor, bis ich zum Kraftwerk fahre, die Leute, die dort arbeiten, am Tag X in Busse setze, in die neue Fabrik fahre und dort hin setze. Das ist kein Strukturwandel.“

Der Ausstiegsplan muss parallel zum Strukturwandel laufen. Es muss bekannt sein, wann wie viele und welche Beschäftigte neue Arbeit brauchen. Viele werden es im Job bis zur Rente schaffen, die anderen brauchen eine Perspektive. Sie werden weiter gebraucht – vor allem in der Bergbaufolgen-Sanierung, aber auch in den Bereichen Erneuerbare Energien und Maschinenbau. Bundesbehörden oder Bundeswehr werden Jobverluste nicht ausgleichen können.

Echte Hilfe für die Beschäftigten wird torpediert, wenn der Kohleausstieg behindert wird. Fatal: Die Landesregierung wird das im Koalitionsvertrag vereinbarte neue Energie- und Klimaprogramm für Sachsen gar nicht erst entwickeln. Das alte stammt von 2012 – und soll dennoch die energiepoliti-

sche Arbeitsgrundlage der Landesregierung bleiben, als ob es weder das Pariser Klimaschutzabkommen noch das Erneuerbare-Energien-Gesetz noch die Kohlekommission gegeben hätte. „Das ist als wenn sie draußen von Digitalisierung reden, aber selbst noch mit Diskettenlaufwerk arbeiten“, kritisiert **Dr. Jana Pinka, umweltpolitische Sprecherin der LINKEN**.

Neue Tagebaue seien unnötig, und es müssten keine Dörfer mehr abgebaut werden, forderte Pinka. „Der Ausbau von Erneuerbaren Energien und der Speicher- bzw. Netzinfrastruktur muss massiv vorangetrieben werden, um die Netz- und Strompreisstabilität zu unterstützen.“ Um die Rekultivierung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu koordinieren, fordert die Linksfraktion eine Bund-Länder-Gesellschaft sowie eine eine Stabstelle Strukturwandel-Bevollmächtigte in der Staatskanzlei. Denn die Fördermilliarden vom Bund sollten nicht an Konzerne fließen, sondern in kleine und mittlere Unternehmen in der Lausitz, in Kultur und Infrastruk-

tur. Der Strukturwandel könne nur mit den Menschen vor Ort erfolgreich sein. Zudem, so Pinka, müssen die Kohleunternehmen LEAG und MIBRAG endlich in die Pflicht genommen werden, für die Schadensbeseitigung des Abbaus einzustehen. Die Staatsregierung hat 2018 Vorsorgevereinbarungen mit beiden Unternehmen veröffentlicht. Danach soll zwischen 2021 und 2040/2041 ein Sondervermögen angespart und an den Freistaat verpfändet werden. Das steht auf der Kippe, wenn die Verstromung früher endet – was durchaus absehbar war. Dennoch hat Wirtschaftsminister Dulig sich erpressen lassen. „Sie haben alles dafür getan, dass die Kosten der Wiedernutzbarmachung auf die Allgemeinheit abgewälzt werden können. Ändern Sie die Vereinbarungen mit LEAG und MIBRAG!“, forderte Pinka.

Die Zeit drängt. Denn der Ausstieg ist nun zwar politisch definiert. Aber wenn sich die Unternehmen früher zurückziehen, weil die Profite nicht mehr stimmen, bleiben wir alle auf den milliarden-schweren Schäden sitzen.



Enteignete Bodenreform-Erben entschädigen!

1945 und 1946 erfolgte in der sowjetisch besetzten Zone eine Bodenreform. Grundbesitz von über 100 Hektar der Nazi- und Kriegsverbrecher bzw. Großgrundbesitz wurde entschädigungslos enteignet. Das Land wurde an landlose und -arme Bauern, Kleinpächter und Vertriebene verteilt. Diese mussten den Boden landwirtschaftlich nutzen und durften ihn vererben, aber nicht verkaufen oder verpachten.

In Zuge der Kollektivierung der Landwirtschaft brachten die meisten Neueigentümer das Land in eine Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG) ein. Endete die landwirtschaftliche Nutzung, mussten sie das Eigentum wieder abgeben. Ab den 80er Jahren verfolgten die DDR-Behörden das aber nicht mehr konsequent. So konnten Erben das Land behalten, solange es in eine LPG eingebracht blieb, auch wenn sie nicht in der Landwirtschaft tätig oder Mitglieder einer LPG waren.

Die „Modrow-Gesetze“ von 1990 stellten Eigentümer von Bodenreformland mit denen von „normalem“ Grund-

gleich. Bundestag und Bundesrat beschlossen aber die Rückabwicklung: Eigentumsansprüche hatten nur noch Erben, die in der Land-, Forst- oder Nahrungsgüterwirtschaft tätig waren bzw. mindestens zehn Jahre dort gearbeitet hatten und ihre Mitgliedschaft in einer LPG nachweisen konnten. Daran scheiterten viele, da sie keine Mitglieder einer LPG gewesen waren oder dies aufgrund unklarer Aktenlage nicht mehr belegen konnten. Wenn das Land den Eigentümern vor der Bodenreform nicht wiedergegeben werden konnte, fiel es dann an die Bundesländer. Tausende Bodenreform-Erben wurden entschädigungslos enteignet. Der Bundesgerichtshof hat dieses Vorgehen als sittenwidrig, rechtswidrig und rechtsstaatsunwürdig gebrandmarkt. In Sachsen waren über 5.000 Erbinen und Erben betroffen. 2018 befanden sich über 5.000 Hektar Bodenreform-Land im Wert von 28 Millionen Euro im Besitz des Freistaats.

Finanzminister Matthias Haß (CDU) sieht keinen Handlungsbedarf, da es hier nur wenige Betroffene gebe

und deren Ansprüche verjährt seien. „Unrecht bleibt aber Unrecht, ob es zehn oder 10.000 Menschen betrifft“, kritisiert der **rechtspolitische Sprecher der Linksfraktion, Klaus Bartl**. „Neben den finanziellen Verlusten traf das Vorgehen der neuen Bundesländer vor allem ostdeutsche Erben emotional, da es sich meist um Grundstücke handelte, welche ihre Eltern oder Großeltern zu DDR-Zeiten rechtmäßig erworben hatten und selbst bewirtschafteten.“

Die Linksfraktion hat beantragt, dass die Staatsregierung einen Ausgleich anstreben soll. Sachsen soll einen Antrag des Landes Brandenburg (Bundsrats-Drucksache 44/18) im Bundesrat unterstützen. Wir streiten dafür, dass die Enteigneten angemessen entschädigt werden. Auch die brandenburgische CDU-Fraktion fordert einen Härtefallfonds sowie die Rückabwicklung der Enteignung der Bodenreform-Erben (Drucksache 6/7784). Sachsens Regierungskoalition lehnt das ab. Das trägt weder zum Rechtsfrieden noch zum gesellschaftlichen Frieden bei!

Zu wenige vertrauen auf den Rechtsstaat

Laut einer Allensbach-Umfrage vertraut nur die Hälfte der Ostdeutschen darauf, dass Grundrechte wirksam geschützt, die Gerichte unabhängig und vor dem Gesetz alle gleich sind. Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag vereinbart, mit den Ländern einen „Pakt für den Rechtsstaat“ einzugehen, um die Rechtspflege zu sichern. Sachsens Linksfraktion dringt darauf (Drucksache 6/16302), dass diese Ziele wirklich umgesetzt werden und die Landesregierung das im Bundesrat unterstützt.

Die Staatsregierung sollte sich mit dafür einsetzen, dass deutschlandweit 2.000 neue Stellen an den Gerichten und in den Staatsanwaltschaften geschaffen werden. Es muss Schluss sein mit der Überlastung. In Sachsen mussten bis Mitte Dezember 2018 insgesamt 14 Untersuchungsgefangene freigelassen werden, weil die Verfahren zu lange dauerten. Hinzu kommt: Bundesweit gehen bis 2030 etwa 40 Prozent aller Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Pension. Für Sachsen liegen die Zahlen um nochmal fast zehn Prozent höher.

„Es ist unsere Aufgabe, das Bild vom Rechtsstaat und seiner Funktionsfähigkeit wieder gerade zu rücken“, so der LINKEN-Rechtsexperte Klaus Bartl. Das sei nur möglich, wenn die Institutionen gestärkt werden, ohne dabei Verfahrensrechte abzubauen.

Kunst und Musik gehören an die Schule!

Die Linksfraktion verfolgt mit Sorge die Tendenz, den Musik- und Kunstunterricht aus Kostengründen zu reduzieren. In den Grundschulen werden 60 Prozent dieser Stunden nicht mehr von Fachlehrkräften unterrichtet. Phasenweise gibt es nur halbe Stunden, und in der Klasse 10 kann zwischen Kunst und Musik gewählt werden. Ab dem Schuljahr 2019/20 sollen die Fächer in einigen Klassenstufen um eine Wochenstunde verringert werden.

Ein aktuell im Landtag debattierter Antrag der Linksfraktion (Drucksache 6/2988) fordert die Landesregierung auf, die kulturelle Bildung abzusichern und zu modernisieren. „Die Schulen brauchen ausreichend und gut ausgebildete Musik- und Kunstpädagogen“, so Cornelia Falcken, die Bildungsexpertin der Linksfraktion.

Den Armutsmotor Hartz IV abstellen

Der Paritätische Gesamtverband hat seinen neuen Armutsbericht veröffentlicht. Er fragt, „wer die Armen sind“. Landläufig gelten vor allem alleinerziehende, kinderreiche, arbeitslose und gering gebildete Menschen als arm. Aber das ist nur ein Teil der Wahrheit.

Die meisten erwachsenen Armen arbeiten, stehen in Ausbildung oder sind in Rente! Selbst Vollzeitarbeit schützt nicht vor Armut. Leiharbeit und Befristungen tragen dazu bei, Niedriglöhne ebenso. Noch nie seit 1990 lebten mehr Menschen in Deutschland in Armut. Der Verband beziffert die Zahl der Betroffenen auf mindestens 13,7 Millionen. Ein erschreckender Wert!

Ein Armutsmotor heißt Hartz IV. Trotz der guten Wirtschaftslage bekommen in Sachsen rund 330.000 Menschen Hartz IV. Davon arbeiten über 71.000. Die meisten Betroffenen stecken schon seit vier oder mehr Jahren im Leistungsbezug, in Sachsen sind es insgesamt 61 Prozent. Auch mehr als 90.000 Kinder leben hier in „Bedarfsgemeinschaften“.

Hartz IV führt zu dauerhafter Armut, zu Existenzangst in breiten Bevölkerungsschichten. Der Staat rechnet das, was er den Betroffenen als

Existenzminimum zugesteht, künstlich klein. Denn was diese Menschen angeblich zum Leben brauchen, wird anhand dessen berechnet, was sie bereits ausgeben können. Die Höhe des Regelsatzes verdammt folglich zu einem Leben in Armut. Viele bekommen sogar noch weniger: In Sachsen wurden 2017 fast 9.000 Haushalte sanktioniert, darunter über 2.300 Haushalte mit Kindern.



„Armut ist kein Naturgesetz. Sie kann politisch eingedämmt werden“, ist sich **Susanne Schaper, sozialpolitische Sprecherin**, sicher. „Wir als LINKE waren von Beginn an gegen Hartz IV, und wir fordern seit vielen Jahren konsequent dessen Abschaffung. Wir wollen nicht, dass ein Jobverlust den Fall ins Bodenlose bedeutet. Wir wollen nicht, dass Menschen, die Sozialleistungen bekommen, pauschal unterstellt wird, sie würden tricksen und betrügen.“

Das Thema geht alle an – denn prinzipiell können wir alle beruflich aus dem Tritt geraten. Menschen sollen wieder darauf vertrauen können, dass ein soziales Netz sie auffängt. Wir wollen, dass alle, die in unserem Land in eine wirtschaftliche Notlage geraten, vor Armut geschützt sind und weiter am normalen Leben teilnehmen können. Dazu gehören nicht nur ein voller Bauch und ein Dach über dem Kopf. Dazu gehört auch, dass man mal ins Kino oder ins Erlebnisbad gehen kann, dass die Kinder Klassenfahrten unternehmen oder Freunde zum Geburtstag besuchen können, ohne sich schämen zu müssen. Denn auch das gehört zum Schicksal Armut, das in unserem reichen Land so viele Menschen betrifft.



Plenarspiegel Dezember 2018 / Januar 2019

Die 83., 84. und 85. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages fanden vom 11. bis zum 14. Dezember 2018 statt. Zur 86. und 87. Sitzung trat das Parlament am 30. und 31. Januar 2019 zusammen. Die Linksfraktion war mit diesen Initiativen vertreten:

Aktuelle Debatten

„Sachsen: vom Willen geleitet, dem Frieden zu dienen – Plänen für eine Europäische Militärunion eine klare Absage erteilen!“

„Kohleausstieg ökologisch und sozial verträglich gestalten – Strukturentwicklung in der Lausitz koordinieren und zusammen mit den Menschen vor Ort in die Hand nehmen!“

Gesetzentwürfe

„Gesetz zur Verbesserung der Beteiligung der Bevölkerung an der Planung und Ausgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs im Freistaat Sachsen“ (Drucksache 6/15562)

„Gesetz zur Einführung eines Kinder- und Familienfreitages als gesetzlicher Feiertag“ (Drucksache 6/13238)

Prioritätenantrag

„Hartz IV abschaffen – sanktionsfreie Grundsicherung einführen!“ (Drucksache 6/15521)

Anträge

„Beteiligung und Einfluss Sachsens als Region auf europäischer Ebene stärken – Vertretung des Freistaates Sachsen im Europäischen Ausschuss der Regionen neu ausgestalten!“ (Drucksache 6/14460)

„Folgen der Enteignung von Erben von Bodenreformland wiedergutmachen – Gerechtigkeit, Vertrauen in den Rechtsstaat und Rechtsfrieden herstellen!“ (Drucksache 6/13871)

„Kulturelle Bildung in sächsischen Schulen stärken – künstlerischen Fachunterricht absichern“ (Drucksache 6/2988)

„Umsetzung des ‚Paktes für den Rechtsstaat‘ einfordern – Funktions-

fähigkeit der Rechtspflege in Sachsen nachhaltig sichern!“ (Drucksache 6/16302)

Entschließungsanträge

Drucksache 6/15919 zum Entwurf der Staatsregierung „Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2019 und 2020“ (Drucksache 6/13900)

Drucksache 6/16506 zum „Bericht der Enquete-Kommission Sicherstellung der Versorgung und Weiterentwicklung der Qualität in der Pflege älterer Menschen“ (Drucksache 6/15400)

Sammeldrucksachen 6/15556 und 6/16427 mit den Anträgen der LINKEN

„Verfahrensunabhängige vertrauliche Spurensicherung für Opfer sexualisierter Gewalt in Sachsen etablieren – nachhaltige finanzielle und personelle Ausstattung sichern!“ (Drucksache 6/9884)

„§ 219a StGB: Straftatbestand ‚Werbung für den Schwangerschaftsabbruch‘ abschaffen!“ (Drucksache 6/12090)

„Evaluation des Sächsischen Bildungsplans für Kindertageseinrichtungen im Hort und in der Kindertagespflege nachholen und Handlungsempfehlungen der Evaluation umsetzen“ (Drucksache 6/1408)

Gleiche Gefährdung, gleiche Zulage!

Ein Job im Justizvollzug ist riskanter als andere Berufe. Das gilt für Bedienstete in den Gefängnissen, aber auch für Justizwachtmeister, die an den Gerichten Gefangene vorführen und Prozesse absichern. Das Beamtenrecht sieht eine „Gitterzulage“ von 150 Euro vor, die bisher nur an Bedienstete der Gefängnisse, der psychiatrischen Krankenhäuser oder Abschiebungshaft- und Ausreisegewahrsamseinrichtungen fließt. Justizwachtmeister an Gerichten gehen leer aus, obwohl sie nur knapp über dem Mindestlohniveau besoldet werden. Wir wollen, (Drucksache 6/16432), dass auch sie die Zulage bekommen.

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Kevin Reißig

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag